

PORTUGAL BRAUCHT UNSERE SOLIDARITÄT

Der "Prager Frühling" erweckte bei vielen Menschen die Hoffnung auf einen Sozialismus ohne bürokratische Herrschaft. Der Führungsanspruch der sowjetischen Führung machte dies zunichte.

Der Sozialismus wird von vielen kommunistischen Parteien üblicherweise gleichgesetzt mit Verstaatlichung ohne demokratische Kontrolle durch die arbeitende Bevölkerung. Die führenden Kreise der Sozialdemokratie hingegen sind im kapitalistischen System so stark verankert, daß sie in ihrer Politik auf eine sozialistische Zielsetzung verzichten und sich über den Weg zur klassenlosen Gesellschaft nur bestenfalls in Sonntagsreden und unverbindlichen Programmen äußern.

Der portugiesische Prozeß könnte jedoch imstande sein, diese beiden Fesseln zu sprengen. Trotz aller Schwierigkeiten und Fehler könnte sich dort eine Entwicklung anbahnen, die Sozialismus mit Selbstverwaltung, zentraler Planung, Kulturrevolution und erweiterter politischer Demokratie gleichsetzt.

In diesem Jahrhundert hat die europäische Arbeiterbewegung schwere Niederlagen erlitten: Die Folgen waren 1. Weltkrieg – Faschismus – 2. Weltkrieg. Nicht die angeblich übergroße Radikalität, sondern die Spaltung der Arbeiterbewegung in einen zurückweichenden Teil, der die kapitalistischen Verhältnisse de facto bejahte und in einen anderen Teil, der ein selbständiges Handeln der arbeitenden Bevölkerung nicht dulden wollte. Dadurch war die internationale Solidarität entscheidend geschwächt. Auch heute stehen wir in Europa vor einer Weichenstellung: Mehr Demokratie oder eine neue "konservativ autoritäre Eiszeit". Auch heute versuchen starke Kräfte, die Verbesserung der Lebensverhältnisse und grundlegende gesellschaftliche Veränderungen zu Gunsten der arbeitenden Menschen zu verhindern und lassen dabei ihre demokratische Maske fallen:

- Während der Franco-Faschismus sich im Todeskampf befindet, schließt die US-Regierung ein neues Stützpunktabkommen und finanziert das Terrorregime mit riesigen Beträgen.
- Mit großzügiger Militär- und Wirtschaftshilfe wurde dem faschistischen Portugal von Seiten der US- und EWG-Regierungen das Leben verlängert. Dem demokratischen Portugal von heute hingegen wird das Abstoppen des Demokratisierungsprozesses zur Bedingung für Wirtschaftskredite gemacht.
- Nicht nur Pinochet in Chile, sondern auch der neofaschistische Parteiführer Italiens Almirante wird zu einem Bündnispartner gemacht: Ende September wurden mit ihm im "Nationalen Sicherheitsrat", der dem amerikanischen Außenminister Henry Kissinger untersteht, "gemeinsame Probleme der NATO" erörtert. Dieser neofaschistischen Partei Almirantes wurde von den italienischen Gerichten mehrfach die Verantwortung für die blutigen Terroranschläge der letzten Jahre nachgewiesen und mehrere Staatsstreichversuche gehen auf ihr Konto.

Das Schicksal Portugals wird in Westeuropa und in den USA mitentschieden. Internationale Kampagnen, auch in kleinen Ländern wie Österreich, die die wirklichen Urheber der politischen und wirtschaftlichen Probleme Portugals aufzeigen, sind ein wichtiger Beitrag zur Unterstützung dieses Landes.

Portugal darf nicht das Chile Europas werden.

FILM

VIVA
PORTUGAL

SOLIDARITÄTSVERANSTALTUNG

Dienstag 28. 10. 18 Uhr,
Albert-Schweitzer-Haus
Wien 9, Garnisonsgasse

Es spricht als Vertreter der Vereinigten
revolutionären Linken in Portugal:
Ribeiro MENDES
Chefredakteur der Wochenzeitung der MES

Was sagt "unsere" Presse zu Portugal?

Anarchie – Disziplinlosigkeiten – Wirtschaftskrise – Chaos – Kommunistische Machtergreifung.

Die großen Vordenker (Kurier, Kronenzeitung, ORF u.a.) – sie nennen sich selber Meinungsmacher – sagen uns täglich, was wir über Portugal und Spanien zu denken haben. Zugleich machen sie sich Sorgen über die Demokratie in diesen Ländern. Warum erst seit 2 Jahren oder im Falle Spaniens überhaupt erst seit einigen Wochen? Über die faschistischen Diktaturen haben sie sich seit 40 oder 50 Jahren keine Sorgen gemacht.

Wir haben die Vermutung, daß diese jahrzehntelange Verschweigung oder Rechtfertigung von Diktatur und Gewalt kein Zufall ist.

Bei uns wie in Spanien und Portugal sind ähnliche Organisationen und Machtgruppen an der Aufrechterhaltung undemokratischer Verhältnisse interessiert. In Österreich große und kleinere Wirtschaftsunternehmen, große Teile der kirchlichen Hierarchie, die Spitzen von Verwaltung, Polizei, Militär und Justiz sind auch (wenn überhaupt dann nur unter heftigem Widerstand) bereit, mehr Demokratie zu akzeptieren.

Wie schaut die Wirklichkeit aus?

Das faschistische Erbe:

Die jetzt bestehenden enormen wirtschaftlichen Schwierigkeiten – wie etwa die hohe Inflationsrate, der Rückgang der Produktion und das stetig steigende Arbeitslosenheer – sind nicht durch "unverantwortliche Maßnahmen" der nachfaschistischen Regierungen geschaffen worden. Das portugiesische Volk hat gegen das katastrophale Erbe einer fünfzigjährigen faschistischen Diktatur anzukämpfen:

Außerhalb der größeren Städte erhielt jeder 2. Portugiese keine Ausbildung in Lesen und Schreiben.

Ein Viertel der arbeitsfähigen Bevölkerung mußte in den letzten 10 Jahren die Lasten eines Gastarbeiterdaseins auf sich nehmen. Der Faschismus war nicht fähig für sie Arbeitsplätze im eigenen Land zur Verfügung zu stellen.

50 % der Staatsfinanzen wurden in ein Heer verpulvert, das die Herrschaft einer kleinen Minderheit von Weißen und von portugiesischen und internationalen Konzernen in den afrikanischen Kolonien sichern sollte.

Experten der UNO erklärten mehrmals, daß in Portugal die Voraussetzungen für eine Selbstversorgung im Nahrungsmittelbereich gegeben seien. Tatsächlich verhinderte das aber die Besitzstruktur am Lande. Die Großgrundbesitzer ließen große Landstriche brach liegen und bebauten vor allem solche Landgüter, deren Produkte sich mit größerem Profit exportieren ließen, anstatt sich an den Bedürfnissen der portugiesischen Massen zu orientieren.

Das ausländische Kapital war ebensowenig an einer eigenständigen Entwicklung Portugals interessiert. Es machte sich die extrem niedere Lohnstruktur zunutze und es wurde überwiegend für den Auslandsmarkt erzeugt.

Die portugiesische Bevölkerung war aller demokratischer Rechte beraubt. Es durften keine oppositionellen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen gebildet werden. Die Gefängnisse waren mit politischen Häftlingen überfüllt.

Die Revolution der Nelken

In den österreichischen Massenmedien wird der Eindruck erweckt, der rechte Faschismus wäre bloß einem "linken" Faschismus gewichen. Die Linken hätten Portugal erst so richtig in das politische und wirtschaftliche Chaos gestürzt.

Die Bevölkerung erkämpfte einen Preisstopp für die Grundnahrungsmittel. 70 % der Lohnabhängigen konnten durch einen gesetzlichen Mindestlohn eine Reallohnerhöhung von 40 % durchsetzen. Da die Einkommensungleichheiten in Portugal wesentlich krasser sind als in Österreich – während des Faschismus (1972) bezogen 3 % der Bevölkerung 61 % des Volkseinkommens – bietet diese äußerst ungleiche Einkommensverteilung einen großen Spielraum zur Anhebung der niedrigen Einkommen.

Die Unternehmer dürfen keine Beschäftigten ohne Bewilligung des Arbeitsministeriums kündigen.

Innerhalb der Betriebe sind die Arbeiter nun nicht mehr wehrlos den Unternehmensleitungen ausgeliefert. In einigen Betrieben konnte das Akkordsystem abgeschafft werden. Der Arbeitsablauf und das Lohnsystem werden nicht als etwas Unveränderliches angesehen, es wird schrittweise nach sozialen und gesundheitlichen Gesichtspunkten von den Arbeitern mitbeeinflusst.

Die Autorität der Unternehmer wird in Frage gestellt.

Fast alle politischen Parteien erstreben in ihren Programmen eine demokratische sozialistische Gesellschaftsordnung.

Die Konterrevolution der Dornen

Der verbesserte Lebensstandard der portugiesischen Arbeiter ist im Vergleich zum restlichen Europa noch immer sehr niedriger. Der Mindestgehalt beträgt 4.000 Escudos, was 3.000 österreichischen Schillingen entspricht. Die Löhne eines Großteils der Arbeiter liegen auf der Höhe des gesetzlichen Minimums.

Für die Unternehmer ist das aber entschieden zuviel. Sie fühlen sich in ihren Profiten beeinträchtigt und greifen auf eine Politik zurück, die in aller Schärfe aufzeigt, mit welcher Feindseligkeit sie dem sozialen und politischen Fortschritt gegenüberstehen. Sie haben begonnen Betriebe stillzulegen, Kapital in das Ausland zu verschieben; die Banken sperrten Kredite, Investitionen wurden gestoppt.

Die durch den Faschismus aufrechterhaltene extreme Abhängigkeit der portugiesischen Wirtschaft vom Ausland wird schamlos von den internationalen Konzernen und ausländischen Regierungen ausgenutzt. Es wird ein regelrechter Boykott über die portugiesische Wirtschaft verhängt. Ausländische Aufträge werden storniert, bestehende Verträge nicht eingehalten, Ersatzteile nicht geliefert.

Die portugiesischen Fremdarbeiter werden mit Lügengeschichten abgehalten, Devisen nach Portugal zu schicken.

Reisebüros streichen Reisearrangements nach Portugal. In Nachrichten wird bewußt durch gezielte Schreckensmeldungen Angst verbreitet, um den Fremdenverkehr nach Portugal zu unterbinden.

Bei einer derartigen Wirtschaftssabotage von einem Versagen der portugiesischen Revolution zu sprechen, grenzt an unbeschreiblichen Zynismus. Angesichts dieser Sabotage und die unter harten politischen Bedingungen zugesagten Kredite der EWG und der USA (4,5 Milliarden Schilling) nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Arbeiter, Angestellte und Soldaten wehren sich

Vielen Portugiesen wird bewußt, daß die Erlassung von fortschrittlichen Gesetzen und die Durchführung dieser Gesetze zwei verschiedene Dinge sind. Die Gesetze allein erwiesen sich als ungenügend, um Wirtschaftssabotage zu unterbinden.

Kapitalverschiebungen ins Ausland konnten erst aufgedeckt werden, als sich die Arbeiter und Angestellten Einsicht in die Geschäftsbücher verschafften.

Die Wiederaufnahme der Produktion in von Unternehmern stillgelegten Betrieben konnte erst erreicht werden, als Arbeiter die Betriebe besetzten und in Selbstverwaltung weiterführten.

Vorher brachliegende Landgüter konnten erst bebaut werden, als Bauern diese selbst in die Hand nahmen.

Die Besetzung des Kirchensenders Renascenca durch die dort Beschäftigten bedeutet keinen Angriff auf die Glaubensfreiheit. Die Kirchenhierarchie blieb auch nach dem April 1974 eine Stütze der politischen Reaktion. Gegen diese politische Einflußnahme der Kirche richtet sich die Besetzung.

Kreditsperren und Kapitalausfuhr der Banken konnten teilweise unterbunden werden, als diese auf Druck der Bankangestellten verstaatlicht wurden und sich die Bankangestellten auch weiterhin Kontrollmöglichkeiten über den gesamten Geschäftsablauf sicherten.

Bisher versuchten zweimal rechtsextreme Offiziere unter Führung Spinolas durch Putsch eine neue Form des Faschismus zu erzwingen. Die enge Verbindung von ziviler Bevölkerung und Armee, die Bewaffnung von Betriebsmilizen, die von Soldaten und Zivilen gemeinsam errichteten Straßenbarrikaden, die Politisierung und Demokratisierung des Heeres im Sinne einer Öffnung zur Bevölkerung hin, all dies half zur erfolgreichen Abwehr der reaktionären Staatsstreichversuche.

Die Selbstverwaltungsorgane der Arbeiter und Bauern (2.500 Betriebe und Landgüter sind von Arbeitern und Bauern besetzt) werden bei uns als Ausdruck der Anarchie hingestellt. In Wirklichkeit sind sie unabdingbar notwendig zur Verteidigung der bisherigen Errungenschaften gegen die wirtschaftlichen und politischen Angriffe der Unternehmer.

Was geht uns Portugal an?

Wenn sich auch Österreich von Portugal durch ein stabileres Gefüge von parlamentarischer Demokratie unterscheidet, so können wir einiges für die Zukunft lernen. Auch bei uns funktioniert nicht mehr alles so reibungslos wie in dem "fetten 60er Jahren". Das Wirtschaftswachstum geht zurück, die Zahl der Arbeitslosen vermehrt sich. Portugal zeigt uns, wie unverantwortlich die Unternehmer in einer Krisensituation handeln.

Unsere Unternehmer und die internationalen Konzerne zeigten in der unmittelbaren Vergangenheit ansatzweise, daß sie von ihren "portugiesischen Kollegen" nicht viel trennt. Die Sabotage der Zuckerbarone ist noch in Erinnerung. Die Methode der künstlichen Verknappung wurde bei gleichzeitig enorm gesteigerten Gewinnen auch erfolgreich von den Ölkonzernen angewendet.

Portugal beweist, daß sich die meisten Unternehmer nicht durch bloße Regierungserlässe in ihren schmutzigen Geschäften einschüchtern lassen. Portugal beweist aber auch, daß die Eigeninitiative der Bevölkerung das wirksamste Mittel gegen eine solche Politik ist.

In der portugiesischen Armee wird versucht, das System des Kadavergehorsams und der Hierarchie durch demokratischere Formen aufzuheben. Das Militär stellt in allen Ländern eine ungeheure Gefahr für demokratische Bestrebungen dar. In letzter

Zeit wurden in Österreich zwei Soldaten buchstäblich zu Tode geschliffen. Unter dem Mantel des 'Objektschutzes' wird im österreichischen Bundesheer nun auch die Zerschlagung von Streiks und Demonstrationen geprobt. Wirksamere Kontrollmöglichkeiten von Soldaten, wie sie in größeren Bereichen der portugiesischen Armee verwirklicht sind, könnten dem einen Riegel vorschieben.

Ein Hauptangriffspunkt der österreichischen Massenmedien ist das portugiesische Mediensystem. Die meisten Zeitungen sind dort im Besitz des Staates, von Zeitungsgenossenschaften oder von Parteien. Außer bei den Parteizeitungen erkämpften die Redakteure in Vereinigung mit den Druckern das Recht, die Linie der Zeitungen zu bestimmen. Den politischen Gruppen und Basisinitiativen wird in fast allen Zeitungen das Recht eingeräumt, ihre Stellungnahmen abzdrukken. Das österreichische Pressesystem, das von zwei Zeitungen und vom konservativen Block der Bundesländerpresse beherrscht wird, das die Eigentümer durch Strohänner verdeckt, das politischen Informationen über die Lebensbedingungen der Menschen weniger Platz gewährt als Stargeschichten und das Redakteure zu verlängerten Armen der Geschäftsleitungen macht, ist ungeeignet, sich über die angebliche Meinungsdiktatur in Portugal zu beklagen.

Es wird die Aufgabe der mit Portugal verbundenen Kräfte sein, das Lügegebäude über demokratische Versuche in diesem Land durch Gegeninformationen zu widerlegen. Sicherlich ist das nicht möglich, wenn man die dort begangenen Fehler beschönigt oder verschweigt. Glaubt die portugiesische Sozialdemokratie durch eine mehr oder weniger bruchlose Übernahme parlamentarisch demokratischer Lebensformen in Portugal, Mißstände der Ostblockstaaten zu verhindern, so übersieht sie dabei, daß Demokratie in einer von Unternehmern beherrschten Gesellschaft nur recht begrenzt ist. Die Berichterstattung der österreichischen Zeitungen über Portugal beweist, daß es mit der Freiheit und der Objektivität der Presse auch in den westlichen Staaten nicht sehr weit her ist.

Die Kommunisten Portugals spielten, wie in allen Fällen des antifaschistischen Widerstandes, eine entscheidende und äußerst aufopferungsvolle Rolle. In ihrer aktuellen Politik halten sie an stalinistischen Traditionen fest, indem sie einen Führungsanspruch über die fortschrittliche Bewegung erheben und selbständige Initiativen zu unterdrücken versuchen.

Die portugiesische SP befindet sich ebenso wie die KP in einer gewissen Abhängigkeit von politischen und wirtschaftlichen Großmachtinteressen. In letzter Zeit führte die SP eine einseitige und ganz ungehemmte Kampagne gegen die KP Portugals, während sie auf der anderen Seite, die in Portugal wegen der Nähe des faschistischen Spaniens wesentlich gefährlicheren konservativen und faschistischen Kräfte weitgehend schonte.

In den letzten Monaten waren Arbeiter, Angestellte, Soldaten und Teile der Bauern immer weniger bereit, sich der bremsenden Politik der Sozialdemokratie und der bevormundenden Rolle der Kommunistischen Partei unterzuordnen.

Dieser Entwicklung gilt unsere Solidarität.

Nähere Informationen bei:

FÖJ – Tagebuch, 1040 Wien, Belvederegasse 10, Telefon 65 19 52

Initiative für sozialistische Politik, 1170 Wien, Taubergasse 15, Telefon: 46 89 05 (vormittags)

Wir bitten um die Unterstützung der selbstverwalteten Landwirtschaftskooperative von Quebrados:
Spenden bitte auf das Konto: Länderbank 223-102-976 / 01 "Portugal-Spanien-Solidarität"
zu überweisen.



PODER POPULAR
Portugal-Spanien
NACHRICHTEN

Nr. 1 soeben erschienen !

Interviews mit Vertretern von MES, FSP, LUAR
Entwicklung des MFA
Politische Parteien in Portugal
Die Lügen um "Republika"

Bestellungen an das Sekretariat der Organisation
A-1040 Wien, Belvederegasse 10

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Arbeitsgemeinschaft: Gewerkschaftliche Einheit, Bewegung für Sozialismus (FÖJ – Tagebuch), Initiative für sozialistische Politik (ISP – SPÖ-Mitglieder und Parteunabhängige), Portugal-Spanien-Solidaritätskomitee; für den Inhalt verantwortlich: Peter Kreisky; alle: 1170 Wien, Taubergasse 15. Druck: J.H.Pospisil, 1170 Wien, Taubergasse 15.